

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 17. Dezember 1955

Blatt 2293

Die Gasversorgung zu Weihnachten

=====

17. Dezember (RK) Wie jedes Jahr wird auch heuer in der Weihnachtszeit ein beträchtlicher Mehrbedarf an Gas entstehen.

Die Gaswerke werden alle Vorkehrungen treffen, um die Gasversorgung zu sichern, und die Einrichtungen zur Gaserzeugung und Verteilung werden mit ihrer höchsten Leistungsfähigkeit in Betrieb stehen.

Aber auch die Bevölkerung kann viel dazu beitragen, daß an diesen Tagen die Gasversorgung klaglos erfolgt, indem sie den Gasverbrauch möglichst über den ganzen Tag verteilt, um einen übermäßigen Spitzenverbrauch in der Zeit von 10 Uhr bis 13 Uhr zu vermeiden.

Wenn alle Gasverbraucher gleichzeitig kochen, braten, backen, Warmwasser bereiten und womöglich noch die Gasheizöfen in Betrieb halten würden, so hätte dies eine enorme Spitzenbelastung zur Folge, die mit den zur Verfügung stehenden Gasverteilungseinrichtungen nicht mehr bewältigt werden könnte.

An die Bevölkerung geht daher die Bitte, folgende Weisungen zu befolgen: Weihnachtsbäckereien nicht an den letzten Tagen vor Weihnachten herstellen! An Sonn- und Feiertagen, vor allem am 25. Dezember, schon in der Frühe mit dem Kochen und Braten beginnen, nach Möglichkeit am Vortag vorkochen und am 25. Dezember vormittag jede Gasentnahme für andere Zwecke, zum Beispiel für Warmwasserbereitung und Heizung, auf das Notwendigste einschränken!

- - -

Die Beratungen des Voranschlages 1956 der Bundeshauptstadt
=====Fortsetzung der Debatte über das Gesundheitswesen

16. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat setzte heute früh die Budgetberatungen mit der Spezialdebatte über die Ansätze der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, fort. Der Vorsitzende GR. Marek eröffnet die Sitzung.

Dr. Christoph (VO) meinte, daß er sich auf die Aufzählung der von ihm bereits bei der vorjährigen Budgetdebatte aufgezählten Mängel in den Wiener Spitälern beschränken könne. Die Berechtigung seiner Klagen, sagte er, wurden damals auch vom Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen nicht bestritten, geschehen sei aber trotzdem nichts. Er beschäftigte sich dann mit dem Essen in den Krankenhäusern, mit der Notwendigkeit der Bestellung von ärztlichen Spitalsdirektoren, mit der Dienstbezeichnung für Ärzte und mit der Frage der Notbetten. Die in Aussicht gestellten 700 Notbetten in den Wiener Spitälern finden dabei seine Anerkennung. Er stellt die Frage, warum der bereits vorhandene städtische Röntgenwagen noch nicht in Betrieb ist. Weiter stellt er fest, daß der Anfall von Tuberkulose in Wien noch immer beträchtlich ist und meint, daß für Tbc-Kranke zu wenig Betten zur Verfügung stehen. Drei Fürsorgestellen des Tbc-Referates sind noch ohne Röntgenapparaten und er regt an, wenigstens einen solchen Apparat zu beschaffen. Auch die Errichtung der städtischen Trinkerheilstätte sollte nicht einer fernen Zukunft überlassen werden. Ihre Errichtung dürfe nicht an Zwistigkeiten zwischen den zuständigen Persönlichkeiten scheitern. Er urgiert ferner die in Aussicht gestellte Errichtung einer Zentralanstalt für Kinderlähmungsfälle. Er kritisiert die Zustände auf dem Obst- und Gemüseumschlagplatz in Matzleinsdorf, zählt eine Reihe von hygienischen Unzulänglichkeiten auf und verlangt Abhilfe. Zum Thema Krebsbekämpfung regt er an, man solle in den Spitälern jeden Patienten im Alter über vierzig Jahre einer Untersuchung unterziehen. Der Redner begrüßt die Absicht, unsere Altersheime freundlicher zu gestalten und fragt, ob es auch gelungen ist, den Altersheimen, die sich immer mehr zu Siechenheimen entwickeln, auch den Personalstand von Spitälern zu geben.

Zum Thema des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses erklärt er, er befände sich immer noch im Stadium der Planung. Die Verhältnisse im Allgemeinen Krankenhaus bezeichnet er als desolat und stellt den Antrag, der Gemeinderat solle sich für die Ausschreibung eines öffentlichen Ideenwettbewerbes einsetzen. Zum Schwesternproblem stellte er fest, daß infolge des Pflegerinnenmangels immer häufiger Hilfsschwestern beschäftigt werden. In den Krankenpflegerinnenschulen gäbe es wenig Schülerinnen. Es kommt immer häufiger vor, daß Schülerinnen nach ihrer Diplomierung Wien verlassen oder ihren Beruf überhaupt aufgeben. Das hängt damit zusammen, daß die Bezahlung unserer Schwestern zu gering und die geforderte Leistung zu groß ist. Er führt Beschwerde darüber, daß Schwestern oft für Arbeiten herangezogen werden, die ihnen nicht zustehen, auch daß sie im Falle einer Erkrankung einfach entlassen werden. Es kommt vor, daß vorzeitig invalide Schwestern pensioniert und unter verschiedenen juristischen Vorwänden um ihre Ansprüche geprellt werden. Als Hauptursache des Geburtenrückganges bezeichnet er die Wohnungsnot, die geringen Gehälter der Männer, die Frauen zu Nebenbeschäftigungen zwingen, und die schlechte Aussicht auf eine allgemeine Besserung der Verhältnisse. Abschließend stellt er noch einen Antrag auf Errichtung einer städtischen Trinkerheilstätte und von Trinkerberatungsstellen. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion, da keinerlei Aussicht für die Abschaffung dieser von ihm angeführten Mängel bestehe, den Ansätzen der Geschäftsgruppe Gesundheitswesen nicht zustimmen wird.

GR.Dr. Helene Stürzer (ÖVP) hält einen Rückblick über die seit 1945 auf dem Sektor des Gesundheitswesens vollbrachten Leistungen. Vor zehn Jahren stand man auf diesem Gebiete vor zerstörten Spitalern, Altersheimen und sonstigen Anstalten. Die Organisation des Gesundheitswesens mußte völlig neu aufgebaut werden. Bis auf einige geringe Schäden ist alles wieder in Ordnung, viel Neues und Schönes wurde zusätzlich geschaffen. So wurde u.a. die Infektionsabteilung im wiedererstandenen Franz Joseph-Spital, das neue Krankenhaus in Floridsdorf, die neue moderne Röntgenstation in der II. medizinischen Universitätsklinik errichtet.

Alle Anstalten und Heime sowie die Schwesternschulen wurden modern und hygienisch ausgestaltet und entsprechen den heutigen Erfordernissen. Für die Spitäler und Schwesternschulen wurden in den vergangenen zehn Jahren mehr als 200 Millionen für Bauten und an die 200 Millionen für Inventar aufgewendet. Im Rettungs- und Sanitätsdienst haben wir 60 moderne Wagen zur Verfügung. Besonders erfreulich sind die Fortschritte, die auf dem Gebiete der Tbc-Fürsorge gemacht wurden. Die Todesfälle an Tuberkulose waren im Jahre 1920 höher als 7.000, 1929 mehr als 3.000, im Jahr 1938 knapp über 2.000, 1945 über 4.000, 1950 bereits knapp über 1.000 und heuer bis zum 31. Oktober sind es 589. Diese Erfolge wurden trotz der schlechten Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der Nachkriegsjahre durch den beispielhaften Ausbau der Tbc-Fürsorge erzielt. An Gesundenuntersuchungsstellen der Krebsfürsorge stehen 6 zur Verfügung. Die Schaffung von zwei oder drei weiteren Untersuchungsstellen wäre noch erforderlich. Bis zum Oktober 1955 wurden in diesen Untersuchungsstellen fast 29.000 Personen untersucht und dabei 1.600 gefährliche Krankheiten und viele andere Leiden festgestellt. Der Dank für die vollbrachten Leistungen auf dem Sektor des Gesundheitswesens gilt vor allem der Bevölkerung, die die Mittel für alle diese Leistungen aufgebracht hat, aber auch denen, die diese Mittel verwaltet und damit gearbeitet haben, so dem Amtsführenden Stadtrat dieser Gruppe, Vizebürgermeister Weinberger, der seit zehn Jahren dieses Ressort verwaltet. Darüber hinaus gebührt der Dank allen Ärzten, Schwestern, Beamten und dem gesamten Personal dieser Gruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

Als ein großes Problem bezeichnet die Rednerin die Not an genügend Spitalsbetten. Die Ursache liegt hier vielleicht darin, daß heute viele Krankheiten, die früher überhaupt nicht behandelt werden konnten, und viele andere, die man früher chirurgisch bekämpft hat, nun medizinisch behandelt, was aber entsprechend längere Zeit dauert, die der Patient unter ärztlicher Aufsicht im Spital verbringen muß. Auch das soziale Problem, daß beide Ehepartner einem Beruf nachgehen und daher Familienangehörige bei Erkrankungen in Spitalpflege gegeben werden müssen, spielt hier eine Rolle. Kinder sollten nicht in Abteilung für Erwachsene untergebracht werden. Das Kardinalproblem scheint aber die Überalterung

unserer Stadt zu sein. Die Altersheime sind heute vielfach eine Mischung zwischen Altersheim und Altersspital. Hier müßte durch die Schaffung eigener Altersspitäler Abhilfe geschaffen werden. Man müßte auch versuchen, für die gesunden alten Menschen andere Unterbringungsmöglichkeiten als in Altersheimen zu finden, ähnlich wie es bereits in den Siedlungen für alte Menschen getan wird. Dort müßte ihnen eine Familienhelferin zur Verfügung stehen und sie betreuen. Dies würde bedeutend weniger kosten als die Betreuung in Altersheimen und wäre schöner und zweckentsprechender. Außer der Bettennot besteht aber auch noch ein Mangel an ausreichendem Personal. Es gibt nicht nur ein Schwesternproblem, sondern ein Problem aller sozialen Frauenberufe, bei denen es viel zu wenig Nachwuchs gibt. Viel auf dem Gebiete des Gesundheitswesens haben auch die privaten und konfessionellen Krankenanstalten geleistet, denen herzlichst für ihre tatkräftige Hilfe gedankt werden muß. Die Bettenreserve für die Wintermonate ist zu begrüßen und es ist zu hoffen, daß damit das Auslangen gefunden wird.

Als einen Wunsch der Berufstätigen bezeichnet die Rednerin die Änderung der Besuchszeiten in den Spitalern. Sie fragt an, ob hier nicht eine Verschiebung möglich wäre. Als erfreulich bezeichnet GR. Dr. Stürzer, daß der Bund sich zur Mitarbeit beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses bereiterklärt hat und dieses Projekt somit bald in Angriff genommen werden kann. Zu begrüßen ist auch die neue Kinderneurologie in Lainz. Durch erhöhte Therapiemöglichkeiten in dieser Abteilung wird es vielleicht doch möglich sein, in einzelnen Fällen eine Besserung der Krankheit zu erreichen. Die Obdachlosenheime und auch die Lehrlingsheime verfügen leider über zu wenig Platz. Mehr Aufmerksamkeit müßte auch der Schwangerenfürsorge und der Kleinkinderfürsorge geschenkt werden. Die modernen Errungenschaften und Erkenntnisse der Medizin kosten wohl mehr, aber es kann heute auch viel mehr geholfen werden als früher. Ein Beweis dafür ist die Erhöhung des Durchschnittslebensalters von 37 auf 62 Jahre. Eine Stadtverwaltung kann sich ihrer moralischen Verpflichtung auf diesem Gebiet aber nicht entziehen.

./.

GR.Dr. Stürzer teilt abschließend mit, daß sie mit großer Freude die Mitteilung machen kann, daß ihr Primarius Dr. Eberle soeben die Nachricht brachte, der Finanzminister hätte die Forderungen der Gastärzte anerkannt und zugesagt, nicht nur den Gastärzten, die bisher ein Stipendium bekommen haben, sondern allen eine Erhöhung von den bestehenden 750 Schilling monatlich auf 1.200 zu gewähren. Er ist auch bereit, die Hälfte der Kosten zu tragen und allen eine Weihnachtsgewandung von 200 Schilling zu geben. Die Rednerin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Gemeinde Wien ihr Versprechen erfüllen und das ihre dazu leisten wird. Allen Mitarbeitern der Gruppe V spricht sie im Namen und unter dem Beifall ihrer Fraktion den herzlichsten Dank aus.

Gemeinderat Stefanie Peschl (SPÖ) spricht zunächst über das Zentralkinderheim. Sie wendet sich entschieden dagegen, daß das Heim ausschließlich unter ärztlicher Leitung stehen soll. Das Zentralkinderheim ist kein Spital, sondern ein Heim für gesunde Kinder. Es ist vorgekommen, daß Kinder mit vier und noch mehr Jahren noch nicht einmal sprechen konnten. Es kommt eben gerade in den ersten Lebensjahren auf eine entsprechende pädagogische Erziehung an. Die Rednerin bezeichnete es daher als erfreulich, daß man im Zentralkinderheim nunmehr neue Wege gegangen ist, und sie dankte allen, die sich darum bemüht haben (Beifall bei der SPÖ).

Sie spricht dann zum Thema Lehrlingsheime und erklärt, man müsse den dort untergebrachten Jugendlichen eine besondere Sorgfalt angedeihen lassen. Sie ist der Überzeugung, daß nicht alles auf einmal getan werden kann. Sie bezweifelt aber nicht, daß alle Verantwortlichen von dem besten Willen beseelt, den Lehrlingen ein wirkliches Heim zu bieten. Man solle nicht vergessen, daß die Lehrlinge, die mit 18 oder 19 Jahren das Heim verlassen, schon fertige Menschen sind und daß man sie in den Heimen auch moralisch für das Leben ausrüsten soll.

In ihren weiteren Ausführungen stellt sie fest, daß im Gesundheitswesen viel geschehen ist, insbesondere im Wiederaufbau und der Modernisierung unserer Anstalten. Zum Kapitel Pflegerinnen sagt sie, daß die Schwestern nach dem Arzt die Nächstverantwortlichen in den Krankenhäusern sind. Sie wisse, daß ihre Be-

zahlung nicht die beste ist, was auch als eine Ursache des jetzigen Schwesternmangels angesehen werden kann. Sie beschäftigt sich mit den Pflegerinnenheimen und gibt der Meinung Ausdruck, man müsse sich bemühen, manches besser zu machen, insbesondere was die Wohnverhältnisse der Pflerginnen anbelangt.

Die Referentin beschäftigt sich dann an Hand eines Beispiels aus dem Franz Joseph-Spital mit Verbesserungen in der Organisation des Spitalbetriebes. Nach einer ihr vom Gemeinderat Prof. Mandl zugegangenen Mitteilung wurde in diesem Wiener Spital doch eine Möglichkeit gefunden, die es vermeidet, daß die Patienten schon in aller Frühe geweckt werden müssen. Die Rednerin meint, auch andere Spitäler könnten diesem Beispiel folgen (Beifall bei der SPÖ). Im Franz Joseph-Spital wurden auch die Besuchszeiten vermehrt und dreimal wöchentlich auch Besuchszeiten am Abend eingeführt, was für die berufstätigen Angehörigen von Patienten sehr vorteilhaft ist. Sie bezeichnet diese Maßnahme als eine kluge und menschenfreundliche Einrichtung und empfiehlt diese Initiative zur Nachahmung auch anderen Krankenanstalten (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Zum Kapitel Altersheime stellt sie fest, daß sich die Altersheime immer mehr zu Altersspitälern verwandeln. Im Zusammenhang beschäftigt sie sich mit verschiedenen Einrichtungen, die zur Bequemlichkeit der Pflerglinge geschaffen wurden. Im Altersheim Lainz gibt es gegenwärtig schon 20 in Veranden eingebaute und größtenteils auch gefällig eingerichtete Tagesräume. Freilich, sagt sie, werden auch hier noch manche präzise Wünsche vorgebracht, wie zum Beispiel die Errichtung einer Sputumanlage im Tbc-Pavillon. Im Altersheim Baumgarten wieder wird der Bau einer Zentralheizungsanlage gewünscht. Das Fehlen einer Warmwasserleitung und die Bedienung von Zimmeröfen bedeuten für das Personal eine starke Überlastung. Die Referentin gibt der Überzeugung Ausdruck, daß auch dieser Wunsch erfüllt werden könnte.

Sie verweist dann auf die gigantischen Summen, die bis jetzt für unsere Heil- und Pflegeanstalten ausgegeben wurden. Dies beweist auch die Gehaltlosigkeit der Vorwürfe gegen den Finanzreferenten, er hätte für diesen Sektor unseres Gesundheitswesens nicht das erforderliche Verständnis.

Im Zusammenhang streift sie auch die furchtbaren Auswüchse der Trunksucht und stellt fest, daß 45 Prozent aller neuen Fälle von Geisteskrankheit auf den Alkoholismus zurückzuführen sind. Sie vertritt die Ansicht, daß wir eine wirklich wirksame Trinkerheilstätte brauchen, ebenso wie eine gut funktionierende Trinkerfürsorge zur Betreuung der ausgeheilten Trinker.

Zum Thema Geburtenrückgang kommt sie auf den Ausspruch ihrer Vorrednerin: "Niemals soziale Indikation!" zurück, und bemerkt, sie könne sich nie zu dieser Anschauung bekennen. Sie verweist dabei auf die große Zahl von Kindern aus Trinkerfamilien. Auf einen Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP, daß es sich hier im Zusammenhang mit der Indikation um ein medizinisches Problem handelt, erklärt die Rednerin, daß angesichts des Elends, in dem Kinder in Trinkerfamilien aufwachsen, sich das medizinische Problem aufgehört habe und zu einem sozialen Problem wurde. Wer sich dieser Ansicht verschließe, gehe mit Scheuklappen an diesem brennenden Problem vorbei. (Lebhafter Beifall bei SPÖ, Zwischenrufe bei ÖVP.)

Abschließend forderte Gemeinderätin Peschl zur gemeinsamen Zusammenarbeit im Interesse des Gesundheitswesens unserer Stadt auf und dankt allen, die zum Aufbau unserer Spitäler beigetragen haben, vor allem den Leitern, den Ärzten, den Pflegerinnen und dem gesamten Personal. (Beifall bei SPÖ.)

Vizebürgermeister Weinberger dankt in seinem Schlußwort den Debatterednern für die im allgemeinen ruhige und sachliche Stellungnahme zu diesem wichtigen Kapitel. Er beantwortete dann die Fragen und Anregungen, die an ihn gerichtet wurden, zunächst die Ausführungen des Redners der VO. GR.Dr. Christoph hat gemeint, daß alles beim alten geblieben sei. So einfach kann man es sich aber doch nicht machen, meinte Vizebürgermeister Weinberger. Ich habe gestern ganze Seiten meines Referates übersprungen, um Sie nicht zu ermüden. Ich lade Sie aber ein, in das Referat Einsicht zu nehmen.

Was das Essen in den Spitälern anlangt, so gibt es viel weniger Klagen als früher. Beanstandet wird nur noch die große Spanne zwischen Nachtstuhl und Frühstück. Auch das frühe Wecken ist den Patienten unangenehm.

Ich bin ebenfalls der Meinung, sagt der Referent, daß der Bundesbeitrag zu gering ist. Ich habe hier die Wiener Interessen wahrzunehmen und bin durchaus bereit, Wien auch gegen den Bund zu vertreten.

Was das Brigittaspital anbelangt, so wird überlegt, in welcher Weise man dieses Spital verwenden kann.

Beim Röntgenwagen sollte man die Untersuchung kostenlos vornehmen.

Seiner Genugtuung gab Vizebürgermeister Weinberger darüber Ausdruck, daß sich alle Debattenredner für die Errichtung einer Trinkerheilstätte ausgesprochen haben. Es ist also zu hoffen, daß dieses brennende Problem bald gelöst sein wird.

Zur Frage der Krebsbekämpfung habe ich schon darauf hingewiesen, daß es hier verschiedene Meinungen gibt. Die Ärzte sagen, daß es nicht möglich sei, jeden Kranken automatisch auf Krebs zu untersuchen.

Der Personalstand der Altersheime wurde teilweise verbessert. Vor allem wurde die Qualität der Pflegerinnen durch die Einstellung von jungen Schwestern gehoben.

Vizebürgermeister Weinberger beschäftigt sich dann mit den Ausführungen der Rednerin der SPÖ, die ebenfalls die Bedeutung des Gesundheitswesens anerkannt hat. Sie hat vor allem gemeint, daß die Erfolge auf diesem Gebiet ein Verdienst der Bevölkerung sei. In diesem Zusammenhang sagte der Referent, er sei auch dafür, daß man auf die verschiedenen Tafeln nicht mehr schreibt "errichtet unter dem und den", sondern "errichtet und erbaut auf Grund der Opfer des Volkes".

Was das Zentralkinderheim anbelangt, so war es Professor Tandler, der seinerzeit die ärztliche Leitung verlangt hat. Inzwischen hat sich einiges geändert, doch dürfte eine Lösung, die in der Mitte liegt, die beste sein. Vizebürgermeister Weinberger fragt jedoch, warum ein Arzt kein Pädagoge sein soll.

In den Lehrlingsheimen haben wir leider wirklich zu wenig Raum. Wir brauchen aber vor allem auch dringend ein Gesellenheim.

Was das zeitliche Wecken in den Spitätern betrifft, so sei er gerne bereit, das Exempel im Franz Joseph-Spital in den anderen Anstalten zu empfehlen, wenn es sich bewährt.

Über die Rede von Gemeinderätin Stürzer sagte der Referent vor allem, er begrüße mit Freude ihre Mitteilung über die Gastärzte.

Abschließend, sagte Vizebürgermeister Weinberger, man möge überlegen, wieviel der Dienst an der Gesundheit für unsere Bevölkerung bedeutet; nämlich Arbeit, Brot, Freiheit und Leben. Er ersuchte daher um die Annahme seines Kapitels.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 5. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag der VO über das Allgemeine Krankenhaus wird gegen die Stimmen der VO abgelehnt, der Antrag der VO über die Trinkerheilstätte einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- - -

Der Wiener Christbaummarkt

17. Dezember (RK) Für den Kleinverkauf von Christbäumen stehen in Wien etwa 450 Verkaufsplätze zur Verfügung, die bisher zu neun Zehntel bezogen sind. Der Marktverkehr ist noch verhältnismäßig ruhig. Mit dem Einsetzen einer regen Nachfrage wird erst ab Goldenem Sonntag gerechnet.

Die Zahl der bisher angelieferten Christbäume ist ungefähr so groß wie die um die gleiche Zeit des Vorjahres.

In einigen Gegenden der Steiermark wird die Schlägerung und der Abtransport von Tannen nur gegen besondere Genehmigung und nur mit Marken gestattet, die vom zuständigen Forstamt hierfür ausgegeben wurden. Der weitaus überwiegende Hauptlieferant für Wien ist jedoch Niederösterreich, wo solche Einschränkungen nicht gemacht werden. Bisher wurden im allgemeinen überwiegend mittelgroße Bäume von allerdings sehr unterschiedlicher Qualität angeliefert.

Über die Preise läßt sich zurzeit noch nichts endgültiges voraussagen. Bei Tannen ist derzeit dort und da ein leichtes Anziehen der Preise gegenüber den Preisen des Vorjahres zu bemerken,

./.

während die Preisspannen bei Fichten ziemlich unverändert gegenüber denen des Vorjahres sind. Qualität sowie Angebot und Nachfrage zusammen mit einer entsprechenden Käuferdisziplin werden auch heuer wieder ein angemessenes Preisniveau erwarten lassen.

- - -

Alois Blumauer zum Gedenken

=====

17. Dezember (RK) Auf den 21. Dezember fällt der 200. Geburtstag des Literaten Alois Blumauer, der zu den charakteristischen Gestalten der Wiener Aufklärung gehört.

In Steyr, Oberösterreich, geboren, trat er in den Jesuitenorden ein, kehrte aber nach dessen Auflösung wieder in den weltlichen Stand zurück und wandte sich nach Wien, wo er bald Anschluß an die Kreise fand, die die Reformen Josephs II. durch eine rege publizistische Tätigkeit propagierten. Er erhielt eine Stelle als Zensor im "Bücherrevisionsamt" und übernahm später die Gräffer'sche Buchhandlung, starb aber schon am 16. März 1798 an der Schwindsucht. Seine schriftstellerische Tätigkeit war sehr vielseitig. Er versuchte sich in Nachahmung des Genres der Ritterstücke als Dramatiker und trat dann vor allem als Polemiker und Journalist hervor, der mit scharfer Feder in den Tageskampf der Politik und Literatur eingriff. Seine Lyrik steht im Gefolge Bürgers und Gleims, enthält aber Liebes- und Trinklieder, die sehr derb sind und hart an das Obszöne streifen. Der Nachwelt bekannt geworden ist Blumauer durch sein fragmentarisches Werk "Die travestierte Aenäis". Es schildert in humoristischer Form die Abenteuer des trojanischen Helden bis zur Gründung Roms und ist eine scharfe Satire auf die Zeitverhältnisse. Der Erfolg dieses Buches, das jede Gelegenheit benützt, Papst, Kirche und staatliche Einrichtungen zu verspotten, war sehr groß. Es erschienen zahlreiche Nachdrucke und Nachdichtungen in fremden Sprachen. Die wertvollste Arbeit hat Blumauer jedoch als Buchhändler geleistet, indem er in regelmäßigen Abständen Verzeichnisse seiner Bücher herausgab, die als Meisterwerke der Bibliographie bezeichnet werden müssen.

- - -

Theaterfreikarten für die Dauerbefürsorgten
=====

17. Dezember (RK) Die Direktion des Raimundtheaters hat sich mit einer schönen Weihnachtsüberraschung für die Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien eingestellt. Für Montag, den 19., Dienstag, den 20., und Mittwoch, den 21. Dezember, spendete sie 900 Freikarten. An allen drei Tagen wird die Operette "Liebesbriefe" gegeben.

- - -

Bildungsfunktionäre der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten
=====

17. Dezember (RK) Die für Montag, den 19. Dezember, im Gewerkschaftshaus 9, Maria Theresien-Straße 11, angesetzte Monatszusammenkunft der Bildungsfunktionäre kann aus technischen Gründen nicht stattfinden.

- - -

Geschäftsgruppe VI: Bauangelegenheiten

17. Dezember (RK) Stadtrat Thaller (SPÖ) referiert sodann über das Bauwesen. Das Baujahr 1955 hat das Stadtbauamt vor schwere Aufgaben gestellt. Die Befürchtungen, daß zur Erfüllung des Bauprogrammes nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden sein werden, hat sich leider bewahrheitet. Das Bauvolumen hat in diesem Jahr ein noch nie erreichtes Ausmaß angenommen. Während es in Wien im Jahre 1936 13.665 Bauarbeiter und im Jahre 1938 18.073 gab, stieg diese Zahl bis zum 1. Februar 1955 auf 32.970 und hat am 1. August 1955 den Stand von 43.536 erreicht.

Stadtrat Thaller sprach dann über die Bemühungen des Bauamtes, um die schädlichen Auswirkungen der Überkonjunktur einzudämmen. Er dankte dem Stadtbaudirektor und allen in seinem Ressort Tätigen, die durch ihren Fleiß und ihr Können es trotzdem ermöglicht haben, das Bauprogramm im wesentlichen zu erfüllen. Die Baubeginne wurden so geplant, daß eine möglichst kontinuierliche Beschäftigung während des ganzen Jahres gesichert war. Es wurden weitere 30 Heizgeräte angeschafft, die gegenüber den Vorjahren noch besser konstruiert sind. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen waren sehr groß. Während am 1. Februar 1955 der Anteil Wiens an beschäftigten Bauarbeitern 29.4 Prozent betrug, war der Anteil an arbeitslosen Bauarbeitern nur 5.9 Prozent. Am 1. August 1955 ist der Anteil Wiens an den beschäftigten Bauarbeitern um 7.6 Prozent auf 21.8 gesunken, ein Zeichen dafür, daß in anderen Bundesländern die Bauarbeiten im Winter eingestellt wurden und ein Teil der dadurch arbeitslos gewordenen Arbeiter, die im Sommer nicht zur Verfügung stehen, während des Winters der Bundeshauptstadt zur Last fällt.

Großbauvorhaben wurden zugunsten kleinerer Bauten zurückgestellt, bei denen viele kleinere Gewerbebetriebe eingesetzt werden konnten. Während im Vorjahr 2.997 Unternehmer beschäftigt wurden, waren es in diesem Jahr 4.036 mit einer Gesamtauftragssumme von 871 Millionen Schilling. Im kommenden Jahr wird man im Bautempo gewisse Einschränkungen machen müssen, jedoch nicht auf dem Sektor des Wohnungsbaues. Hier müssen die Anstrengungen eher

verstärkt werden. Die wichtigste Aufgabe wird die Fertigstellung des "Überhanges" von 11.500 noch nicht fertigen Wohnungen sein. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln wird die Bauwirtschaft im kommenden Jahr bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgelastet sein. Diese Tatsache rechtfertigt auch die Senkung der in dieser Gruppe veranschlagten Mitteln um 3.4 Prozent. Auch die Ausgaben für die Behebung der Kriegsschäden werden geringer sein. Erfreulich ist die Erhöhung der Einnahmen der Gruppe, die von 58 Millionen um 72.6 Prozent auf rund 100,5 Millionen gestiegen sind. Diese Steigerung ist hauptsächlich auf Darlehen und Zuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 zurückzuführen. Obwohl die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau mit Rücksicht auf die bereits voll ausgeschöpfte Baukapazität von 14.5 Prozent auf 12.2 Prozent verringert wurden, ist diese Budgetpost mit 440 Millionen Schilling nach wie vor die größte. Mit diesem Betrag sollen rund 5.000 neue Wohnungen gebaut werden. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde bis Ende dieses Jahres mit dem Bau von 47.282 Gemeindewohnungen begonnen. Im kommenden Jahr soll die Errichtung der 50.000. neuen Gemeindewohnung nach dem zweiten Weltkrieg in Angriff genommen werden (Beifall bei der SPÖ). Heuer wurde mit dem Bau von 5.729 Wohnungen begonnen" rund 5.100 werden bis zum Jahresende fertiggestellt sein. Das Hochhaus auf dem Matzleinsdorfer Platz ist bereits bis zum 16. Stockwerk gediehen und soll zeitlich im Frühjahr die Gleiche erreichen. In der Zahl der begonnenen Wohnungen sind 707 Wohnungen enthalten, deren Bau mit Mitteln der Wohnbauförderung finanziert wird. Von dieser Finanzierungsmöglichkeit soll weiterhin Gebrauch gemacht werden. Die mit Wohnbauförderungshilfe errichteten Bauten werden auch eine Zahl größerer Wohnungen als im normalen Wohnbauprogramm enthalten. Auf Finanzierungshilfe aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat die Gemeinde Wien auch in diesem Jahr wieder zugunsten der gemeinnützigen Wohnbau- und Siedlungsvereine verzichtet. An Wiederaufbaudarlehen hat die Gemeinde um 44 Millionen für 319 Wohnungen neu angesucht. 32,2 Millionen Schilling wurden für die Wiederherstellung von 312 Wohnungen bewilligt. Vier Wohnhausanlagen mit 136 Wohnungen und Gesamt-

baukosten von 12,2 Millionen wurden mit Hilfe des Wiederaufbaufonds fertiggestellt. Am Jahresende waren 18 Anlagen mit 873 Wohnungen im Bau. Auch in diesem Jahr hat Stadtrat Resch 8,2 Millionen als Vorfinanzierungsbeitrag zur Verfügung gestellt und damit einen rascheren Wiederaufbau ermöglicht. Trotzdem im kommenden Jahr die zweite Tranche der Wiederaufbauleihe von 400 Millionen Schilling aufgelegt und für Teilschadenbehebung verwendet werden soll, wird damit kaum das Auslangen gefunden werden können, da noch 736 Darlehensansuchen laufen und ständig neue eingebracht werden.

Die Ausstattung unserer Wohnhausanlagen ist wieder besser geworden und soll nun abermals verbessert werden. In höheren Häusern sollen Personenaufzüge eingebaut oder zumindest ein Aufzugsschacht vorgesehen werden. Der allgemeinen Entwicklung entsprechend werden in den Wohnhausanlagen auch Abstellplätze für Kraftfahrzeuge eingebaut. Auch die Einrichtung der Waschküchen wurden verbessert. Es soll ein öffentlicher Architekturwettbewerb für neue Wohnungsgrundrisse ausgeschrieben werden, ferner ein Wettbewerb für die Sanierung von Altstadtgebieten und ein städtebaulicher Wettbewerb für eine Nachbarschaft auf einer der Gemeinde gehörigen Liegenschaft im Norden der Stadt. Damit erhalten die Architekten und Städtebauer neue und interessante Aufgaben für die nächste Zeit. Im Rahmen des Wohnbauprogrammes 1955 waren 132 freischaffende Architekten mit der Planung von rund 6.000 Wohnungen betraut, für 1956 sind schon 91 Architekten mit der Projektierung von zirka 4.300 Wohnungen beauftragt. Zusätzlich hatten 24 Zivilingenieure 37 Projekte zu bearbeiten. Die künstlerische Ausschmückung besorgten 94 Maler und Bildhauer.

Durch das Einschreiten der Gemeinde wurden 520 Wiener Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 4,5 Millionen Schilling vor dem gänzlichen Verfall bewahrt. Für das kommende Jahr sind für Ersatzvornahmen fünf Millionen Schilling vorgesehen. Für kleinere und unscheinbare Erhaltungsarbeiten, die die Öffentlichkeit kaum bemerkt, werden 1956 rund 201,5 Millionen Schilling veranschlagt, das sind um 51 Millionen mehr als heuer. Auch auf dem Gebiete der Denkmalpflege ist im kommenden Jahr viel zu leisten.

Auch für die Instandhaltung der Schulen, Erziehungsheime, Altersheime, Amtshäuser, Feuerwehrgebäude, Kindergärten, Krankenhäuser, Spielplätze usw. muß gesorgt werden. In mehr als 100 Schulen wurden heuer Verbesserungsarbeiten durchgeführt. Großes Augenmerk wurde dem Umbau von Heizanlagen zugewendet und dadurch bedeutende Einsparungen bis zu 60 Prozent erzielt. Dies soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Es sind hierfür 60 Millionen Schilling vorgesehen. Das Allgemeine Krankenhaus hat einen in Österreich bisher noch nicht vorhandenen Hörprüfraum erhalten. Die neue Telephonzentrale im Rathaus ist bereits in Betrieb. Der Bau des Museums auf dem Karlsplatz geht so wie der Bau der Stadthalle planmäßig vorwärts. Für das Museum sind im Voranschlag 8,5 Millionen, für die Stadthalle 40 Millionen vorgesehen, für die geplante Aufstockung des Stadions 4 Millionen Schilling.

Zum Kapitel Schulbauten führt er aus, daß im kommenden Jahr 3 Schulhäuser fertiggestellt werden; eine neue in Hadersdorf-Weidlingau wird begonnen! An 12 Kindergärten wird gearbeitet, zwei neue sollen begonnen werden.

Das Amtshaus der Magistratsabteilung 48 am Margaretengürtel und das Theresienbad wurden heuer fertiggestellt. Beide Bauwerke werden bereits benützt und der Bau des Theresien-Sommerbades macht gute Fortschritte.

Die Feuerwehrobjekte Am Hof und in Ottakring stehen vor der Vollendung und mit dem Neubau der Hauptwache Döbling wird begonnen.

Auch die Kuppel der Urania-Sternwarte wird im kommenden Jahr fertig sein. In diesem Zusammenhang verweist Stadtrat Thaller auch darauf, daß heuer erstmals in größerem Ausmaße Aluminium als Baustoff verwendet wurde, so beim Bau der Uraniakuppel, den Glashäusern im neuen Reservegarten Hirschstetten und der Hallendecke im Theresienbad.

Die Modernisierung der Spitäler und Altersheime ist heuer weiter fortgesetzt worden und wird auch im kommenden Jahr fortschreiten. Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sind die ersten Vorarbeiten geleistet. Nachdem die finanziellen Vereinbarungen zwischen Bund und Gemeinde, allerdings nur für den Neubau der II. chirurgischen Klinik, abgeschlossen waren, wurde von Bund und Gemeinde gemeinsam ein Koordinationsausschuß eingesetzt. Dieser

stellte fest, daß vor dem Baubeginn an einer Klinik die Gesamtplanung in den Grundzügen feststehen muß. Für die Ausführung des Neubaus ist ein internationaler Wettbewerb vorgesehen. Die Planungen werden einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Leider hat das Professorenkollegium bis jetzt den klinischen Bedarf noch nicht festgestellt, doch ist dies die Voraussetzung für jede weitere Vorarbeit. Die Altersheime sind heute zum Teil Altersspitäler und entsprechen nicht mehr unseren heutigen Auffassungen. Darum ist die Stadt dazu übergegangen, in größeren und verkehrsmäßig gut gelegenen Wohnhausanlagen Heimstätten für alte Menschen zu bauen. In gewohnter Umgebung sollen unsere Alten, sofern sie nicht siech geworden sind, ihren Lebensabend verbringen.

60 Millionen Schilling, um 15 Millionen mehr als 1955, werden im nächsten Jahr für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser aufgewendet werden. Nach Beendigung der Kriegsschadensbeseitigung an allen Zwischenkriegsbauten, wird so bald als möglich mit Verbesserungsarbeiten begonnen werden.

Mit großer Befriedigung konnte Stadtrat Thaller feststellen, daß die Qualität der Erhaltungsarbeiten im letzten Jahr besser geworden ist. Die kleineren Gewerbetreibenden, die für diese Arbeiten herangezogen werden, haben erkannt, daß ihnen nur gute Arbeit weitere Beschäftigung sichert. Es ist unmöglich, die vielen kleinen Reparaturarbeiten ständig zu beaufsichtigen und er habe deshalb Auftrag erteilt, Firmen, die das Vertrauen der Gemeinde mißbrauchen und mangelhaft arbeiten, von jeder weiteren Auftragsvergabe auszuschließen.

Das beinahe explosionsartige Ansteigen des Verkehrs und die Vernachlässigung der Wiener Straßen während des Krieges stellt uns sowohl in technischer als auch in finanzieller Hinsicht vor schwierige Aufgaben. Das Straßenbauprogramm des vergangenen Jahres war von zwei großen Bauvorhaben beherrscht: Opernpassage und Praterstern. Mehr als 100 Millionen Schilling haben die Wiener Straßen im Jahre 1955 verschlungen, das meiste davon die laufende Erhaltung.

Ungefähr 1 Million Quadratmeter Fahrbahnen und 190.000 Quadratmeter Gehsteige wurden instandgesetzt, bzw. verbessert; das sind 135 Kilometer Fahrbahnen und 75 Kilometer Gehsteige. 15.000 Quadratmeter Verkehrsflächen wurden frisch geölt und die Straßen-

bauarbeiten in den Siedlungen erforderten 4.5 Millionen Schilling. Die Kosten der laufenden Erhaltung betragen 25 Millionen Schilling.

Die Opernpassage ist, böseartigen Zeitungsmeldungen zum Trotz, nicht eingestürzt; sie ist im Gegenteil zu einem viel besuchten Wahrzeichen unserer Stadt geworden. (Beifall bei der SPÖ.) Auf der Opernkreuzung konnte in den letzten Wochen seit der Eröffnung der Passage eine interessante Beobachtung gemacht werden. Die angeblich so disziplinelosen Wiener verhalten sich mustergültig und diszipliniert.

Die sechsspurige Betonfahrbahn am Praterstern ist fertig. Sie wird am Dienstag dem Verkehr übergeben, der von diesem Tag an nur mehr in einer Richtung rollen wird.

Größere Straßenbauten dieses Jahres waren Kärntner Straße, Opernring, Neuer Markt, Tegetthoffstraße, Operngasse, Albertinaplatz und Philharmonikergasse im Bereiche der Oper; Hadikgasse und Hackingerstraße in Hütteldorf und die große Regulierung der Pfeninggeldgasse in Ottakring.

1956 werden für die Erhaltung der Straßen 35 Millionen Schilling und für Neubauten 57 Millionen ausgegeben, zusammen also 92 Millionen. 1956 werden unter anderem der Platz vor dem neuen Südbahnhof straßenbaulich ausgestaltet, die Heinestraße, Mühlfeldgasse und Nordbahnstraße umgebaut. Auch die Straßen um die Stadthalle müssen erneuert werden. 20.000 Quadratmeter des für den Verkehr so gefährlichen Holzstöckelpflasters wird ausgewechselt. 15 Millionen Schilling werden für Straßenneubauten bei städtischen und privaten Bauvorhaben aufgewendet, 5 Millionen sollen wieder für die Sanierung der Siedlungsstraßen ausgegeben werden.

100.000 Quadratmeter Fahrbahnen und 50.000 Quadratmeter Gehwege sollen die so beliebten Teersplittteppiche erhalten.

Ein dringendes Verkehrsbedürfnis ist die Erklärung der umgebauten Gürtelstraßen zu Einbahnen. Bisher war dies nicht möglich, weil an vier Stellen Hindernisse vorhanden sind. So ist zum Beispiel der innere Sechshauser Gürtel von der Gumpendorfer Straße bis zur Linken Wienzeile verbaut. Die nötigen Mittel für die Freimachung dieses Straßensegmentes sind im Voranschlag bereitgestellt.

Stadtrat Thaller verweist auf die großen Aufgaben und schweren Belastungen, die aus auf dem Gebiete des Verkehrs- und

Straßenbaues in den nächsten Jahren bevorstehen und fordert von der Bundesstraßenverwaltung in diesen Belangen mehr als bisher für die Bundeshauptstadt zu tun.

Wien ist die Stadt mit der größten Bevölkerungszahl Österreichs und daher auch mit dem größten Verkehrsaufkommen. Das System der Bundesstraßen und Bundesautobahnen muß nach seiner Ansicht auch nach diesem größten Verkehrserreger ausgerichtet sein, wenn es seinen staatspolitischen Aufgaben gerecht werden will. Auf die Dauer könne nicht hingenommen werden, daß von 8.350 Kilometer Bundesstraßen ganze 15 Kilometer auf die Bundeshauptstadt entfallen.

Vor 1934 gab es in Wien 38,9 Kilometer Bundesstraßen, heute sind es bei einem vergrößerten Stadtgebiet 15 Kilometer.

Während in Wien seit 1933 eine derart große Verminderung der Bundesstraßen eintrat, stieg die Länge der Bundesstraßen in den anderen Bundesländern ganz beträchtlich. So stieg zum Beispiel die Länge der Bundesstraßen in Niederösterreich von 761,5 Kilometern auf 2.144 Kilometer und in Oberösterreich von 763 Kilometern auf 1.493 Kilometer.

Wir hören immer vom reichen Wien, sagte er, das angeblich alles selbst machen könne. Dabei wird ganz vergessen, daß diese angebliche Wohlhabenheit große Opfer der Wiener Bevölkerung erfordert, die dem Bund nicht das Recht geben, Wien schlechter zu behandeln als alle anderen Bundesländer. (Beifall bei SPÖ und VO.)

Auch beim Ausbau des Wiener Hafens und beim Schutzwasserbau müssen wir eine ähnliche unverständliche Haltung des Bundes feststellen. Was anderen Städten und Ländern anstandslos gegeben wird, versucht man Wien unter allen möglichen Ausflüchten vorzuenthalten. Das Finanzministerium hat für das nächste Jahr sogar die Wasserbau- und Hafenbeiträge des Bundes von 60 Prozent auf 40 Prozent vermindert, wobei uns noch nicht bekannt ist, ob diese Reduktion wieder nur das "reiche" Wien trifft. Wenn dies beabsichtigt ist, werden wir uns dagegen wehren.

Wien hat bisher für die Behebung von Kriegsschäden, für die Instandhaltung und für Investitionen in den Hafenanlagen rund 40 Millionen Schilling und für die Behebung der Kriegsschäden in den Lager- und Kühlhäusern weitere 30 Millionen Schilling ohne jede

finanzielle Unterstützung des Bundes ausgegeben. Schon zu einer Zeit, wo man noch gar nicht abschätzen konnte, wann ein wirklicher Verkehr im Hafen einsetzen wird, hat Wien aus eigener Kraft sehr viel getan. Die durch den Finanzminister angeordnete Restringierung der Prozentsätze für Hafen- und Wasserbautenförderungsbeiträge trifft die Bundeshauptstadt sehr schwer.

Vier Liesingbachbaulose, und zwar Steinhof, Ober Laa, Atzgersdorf I und Schwarze Haide, konnten fertiggestellt, zwei neue Baulose, Atzgersdorf II und Rothneusiedl in Angriff genommen werden.

Im kommenden Jahr wird die Liesingbachregulierung fortgeführt und mit dem Bau einer großen Straßenbrücke im Hafengebiet begonnen werden, durch welche das künftige südöstliche Industriegebiet der Stadt mit dem Hafen verbunden werden soll.

Im Jahre 1955 wurden vier Brücken erneuert und die Schweden- und Rotundenbrücke ihrer Bestimmung übergeben.

Die Brücken- und Wasserbauabteilung war am Bau der Opernpassage wesentlich beteiligt; sie hat auch die Fußgehertunnels am Praterstern gebaut und wird im Jahre 1956 den Bau des Personentunnels unter der Ostbahn in Stadlau durchführen.

Die unter großer in- und ausländischer Beteiligung abgehaltene Verkehrsenquete brachte neben vielen neuen Erkenntnissen die wertvolle Bestätigung der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit unserer bisherigen Maßnahmen.

109 Empfehlungen werden der Stadtverwaltung bei ihren künftigen Entscheidungen Helfer und Berater sein. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die I. Wiener Straßenverkehrsenquete ein entscheidender Wendepunkt in der Entwicklung Wiens zur modernen Weltstadt war. (Beifall bei der SPÖ.)

Nach allgemeiner Ansicht erster europäischer Verkehrsfachleute herrschte in Wien keinesfalls ein Verkehrschaos; es bestehen aber gute Voraussetzungen für eine Lösung der vorhandenen und noch kommenden Verkehrsprobleme, weil die organisatorischen und räumlichen Reserven der Stadt noch lange nicht voll ausgenützt sind.

Wir werden nach dem Empfehlungen der Enquete einen Gesamtverkehrsplan ausarbeiten und eine möglichst umfassende Verkehrskommission schaffen.

Unter Berücksichtigung des Gesamtverkehrsplanes sollen dann

vorerst alle organisatorischen und räumlichen Reserven ausgeschöpft werden. Nach Ausschöpfung dieser Möglichkeiten wird wohl der großzügige Umbau von Verkehrsknotenpunkten, die Neuschaffung von Straßenräumen, die Errichtung von innerstädtischen Schnellverkehrsstraßen und letzten Endes auch die Heranziehung der zweiten Ebene für den Massenvkehr notwendig werden.

Das besondere Augenmerk muß in diesem Zusammenhang den Assanierungen, vor allem der wertvollen Teile der Innenstadt zugewendet werden.

Die Assanierung Erdbergs ist in Angriff genommen. Zwei kleinere Gebiete werden im nächsten Jahr in Angriff genommen.

Bei den Planungen wird alles berücksichtigt, auch ästhetische, baukünstlerische und auch kirchliche Belange. So wurde zum Beispiel der katholischen Kirche, trotzdem die Planungen für dieses Grundstück schon recht weit fortgeschritten waren, ein Bauplatz für die neue Matzleinsdorfer Kirche zur Verfügung gestellt. Die Kirche möge sich jedoch bei der Beschaffung ihrer Kirchenbauplätze nicht nur an die an baureifen Liegenschaften recht arme Gemeinde wenden. Es gibt andere der Kirche sehr nahe- stehende Kreise, die sehr viel baureifen Grund in Wien besitzen, der für den Kirchenbau geeignet wäre.

Die Stadtplanungsabteilung ist außer mit ihren laufenden Arbeiten damit beschäftigt, die Unterlagen für einen Gesamtstrukturplan der Stadt zu beschaffen und zu verarbeiten. Die Arbeiten für die Verkehrsplanung nehmen sie über Gebühr in Anspruch. Eine soziologische Stichprobenerhebung über die Wohnwünsche der Wiener hat interessante Ergebnisse gebracht. Die meisten Wiener wollen größere Wohnungen. Nur zehn Prozent der Befragten wollen in Hochhäusern leben. Für Einfamilienhäuser haben sich etwa 20 Prozent entschieden. Mehr als 50 Prozent der Befragten sprachen sich für mehrstöckige Wohnhausanlagen, für den Wiener "Gemeindebau" aus. Derartige Erhebungen bezeichnet der Referent als sehr wertvoll.

Zum Thema der Autobahneinfahrt nach Wien verweist er auf gewisse Differenzen. Wien vertritt seit jeher den Standpunkt, diese Autobahn müsse die Stadt vom Westen erreichen und möglichst weit an die in der Stadt gelegenen Quell- und Zielpunkte des

Verkehrs herankommen.

Die Beratungen auf der Verkehrsenquete haben unseren Standpunkt bestätigt: 95 Prozent des Verkehrs gehen nach Wien und kommen aus Wien. Das ist keine spezifische österreichische Erscheinung. Überall auf der Welt, wo Autobahnen an Millionenstädte herankommen, hat man diese Erfahrung gemacht. Er stellt die Frage, wozu also die Autobahn viele Kilometer lang nach dem Süden der Stadt geführt werden soll, wo die Einfallstraßen schon jetzt den gewaltigen Verkehr zu den Spitzenzeiten kaum aufnehmen können.

In dieser Frage, erklärt er, scheint aber das Handelsministerium taube Ohren zu haben. Er sei bestürzt, dem Gemeinderat mitteilen zu müssen, daß es der Handelsminister trotz ständigem Drängens der Gemeinde Wien und trotz seiner Zusage, unsere Argumente anzuhören und zu berücksichtigen, bisher unterlassen hat, die Bundeshauptstadt bei den Planungen einzuschalten ("Hört!", "Hört!"-Rufe der SPÖ).

Er stellt fest, daß ohne Wissen Wiens bereits der Entwurf einer Novelle des Bundesstraßengesetzes ausgearbeitet wurde, der unter anderem in Abänderung des Gesetzes vom 2. Juni 1954 das Verzeichnis F mit folgendem Wortlaut festlegte: "Als Autobahn wird ferner erklärt: Autobahn von Wien (Inzersdorf) - Siebenhirten - Alland - Altlangbach und von Wien (Auhof) - Altlangbach und weiter in Richtung St. Pölten - Amstetten - Linz - Attersee - Mondsee - Salzburg zur Staatsgrenze am Walsertberg."

Er stellt die Frage, ob der Handelsminister wirklich glaubt, daß die Bundeshauptstadt gar nichts zur Einführung der Autobahn zu sagen hat und dieser der Meinung ist, daß sich Wien eine derartige Behandlung auf die Dauer gefallen lassen wird.

Im vergangenen Jahr wurden 21 neue Gartenanlagen mit etwa 200.000 Quadratmeter geschaffen. Der neue Reservegarten in Hirschstetten wächst von Tag zu Tag. Die neuesten Erkenntnisse finden bei dessen Errichtung Anwendung. Im nächsten Jahr werden weitere fünf Millionen Schilling in Hirschstetten verbaut. Vier Millionen Schilling sind für die bauliche Erhaltung der Wiener Gärten und Grünanlagen bereitgestellt. Neun neue größere Gartenanlagen sollen entstehen, sechs bestehende Anlagen werden umge-

baut. Die Springbrunnen im Rathauspark werden mit einer Umlaufpumpe ausgestattet und daher auch bei Wassermangel in Betrieb bleiben können. Die Staubfreimachung von Gartenwegen und Spielplätzen geht weiter. 12 Millionen Schilling stehen für bauliche Herstellungen in den Gärten bereit.

Zum Kapitel Baumaterialien führte er aus, daß durch eine kluge Vorratswirtschaft bei der Gemeinde bisher noch kein Baustoffmangel eingetreten ist, obwohl zum Beispiel bei Baustahl derzeit Lieferfristen bis zu zwei Jahren keine Seltenheit sind.

1,200.000 Tonnen Baustoffe mußten wir in diesem Jahr kaufen, das sind 120.000 Waggons zu je zehn Tonnen, zusammen ein Eisenbahnzug, der von Wien bis Luxemburg reichen würde. Die Kosten betragen 200 Millionen Schilling.

Es wurden auch heuer wieder Preisabprachen festgestellt, so beim Ankauf von Türschlössern und Frostschutzmitteln. Die von der Gemeinde Wien gegen derartige unsaubere Machinationen eingeleiteten Maßnahmen waren sehr wirksam. Was soll man dazu sagen, fragt er, wenn ein Unternehmer offen sagt, er wäre bereit, im nächsten Jahr um 30 Prozent billiger zu liefern, für dieses Jahr sei er aber an die ungesetzlichen Vereinbarungen gebunden. Stadtrat Thaller erklärt, er habe deshalb zum Schutze der Gemeinde für nächstes Jahr Maßnahmen eingeleitet, die die Stadt Wien vom Wohlwollen illegaler Kartelle unabhängig machen werden (Beifall bei SPÖ, ÖVP und VO).

Wien hat, sagte der Referent abschließend, wieder Ansehen gewonnen in der internationalen Bauwelt. Dies beweist auch der Entschluß des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau, seinen XXIII. Internationalen Städtebaukongreß im Sommer 1956 in Wien abzuhalten (Beifall bei SPÖ). Der Herr Bürgermeister möge die Einladungen dazu bereits ergehen lassen.

Zum Abschluß seines Referates bringt Stadtrat Thaller den Wunsch zum Ausdruck, daß auch die Wiener, für die ja letzten Endes dies alles geschieht, ihre eigenen Leistungen anerkennen mögen. Er ersucht, den Ansätzen der Verwaltungsgruppe VI die Zustimmung zu geben. (Langanhaltender Beifall bei SPÖ.)

Als erster Debatteredner spricht GR.Maller (VO). Die Ausführungen des Referenten bezeichnet er als eindrucksvoll, fügt aber hinzu, daß trotz den Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau

es nicht gelungen sei, die Wohnungsnot zu lindern. Er bezeichnet es als einen Luxus, daß in einem immer noch kritischen Zeitpunkt der Wohnungsnot das Wohnungsanforderungsgesetz abgesetzt wurde. Der soziale Wohnungsbau, erklärte er, muß auch weiterhin die wichtigste Aufgabe der Gemeinde Wien bleiben und er spricht sich daher gegen die Senkungen der Ausgaben für den Wohnungsbau aus. Im Zusammenhang verlangt der Redner vom Bund ausreichende Zuschüsse für den Wohnungsbau der Gemeinde Wien.

Man klagt über den Mangel an Arbeitskräften. Aber wir dürfen doch nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen alle Maßnahmen treffen, um die Arbeitskräfte zu sichern. Der soziale Wohnungsbau muß den Vorrang haben. Wir müssen uns auch mit dem Gedanken vertraut machen, daß sich die Gemeinde Wien neuen Baumethoden zuwendet. Die Gemeinde steht vor der Aufgabe, durch Anwendung moderner Baumethoden rascher und auch besser zu bauen. Wir haben ein gutes Stück Arbeit zum Aufbau unserer Stadt geleistet, aber es ist leider noch immer nicht gelungen, die Wohnungsnot zu beseitigen. Die Gemeinde hat 47.000 Wohnungen gebaut, aber der Bedarf ist mindestens dreimal so groß. Die Gemeinde muß sich auch mehr als bisher - statt sich auf die Baulückenverbauung zu konzentrieren - der Assanierung ganzer Stadtteile zuwenden.

Der Redner regt auch eine Vorfabrikation von Hausteilen an und verlangt die Kommunalisierung wichtiger Baubetriebe, weil es heute keinen nennenswerten privaten Wohnungsbau gibt. In diesem Zusammenhang behandelt GR. Maller auch das Wohnungseigentum und meint, es sei in der Öffentlichkeit sehr wenig bekannt, daß der "Prinke-Verein" ausschließlich mit öffentlichen Mitteln baut. (GR. Zink (ÖVP): "Das sind Darlehen, die zurückfließen!") Die öffentliche Hand könnte diese Mittel ebensogut verbauen, wie das Wohnungseigentum.

Scharf nimmt der Redner auch dagegen Stellung, daß der Verein der Freunde des Wohnungseigentums die Grundstückspreise in die Höhe treibe. So wurden für den Quadratmeter der Grundfläche des Heinrichshofes 3.000 S gezahlt. Die Gemeinde Wien mußte aber für den Bau der Opernpassage dort 18.000 S pro Quadratmeter bezahlen. Für das Meinlhaus zahlte der Verein der Freunde des Wohnungseigentums 3.600 S pro Quadratmeter. ./.

Die Gemeinde Wien mußte 10.000 S. zahlen. Der Redner verlangt daher gesetzliche Maßnahmen, damit der Bodenspekulation Einhalt geboten wird.

Im Prinzip, so betonte GR. Maller, sei er jedoch nicht gegen den privaten Wohnungsbau. Seine Partei sähe vielmehr darin eine wertvolle Ergänzung des öffentlichen Wohnungsbaues.

Die VO sei auch für den Bau von Eigenheimen auf genossenschaftlicher Basis. Ebenso sollten die Großunternehmer Werkwohnungen bauen. Eine wirkliche Lösung des Wohnungsproblems aber, vor allem für die Arbeiter und Angestellten, kann nur durch die öffentliche Bautätigkeit herbeigeführt werden. Die arbeitenden Menschen haben ein Recht auf Wohnung. Auch die Qualität der Gemeindewohnungen sollte allmählich gehoben werden. Stadtrat Thaller hat erfreulicherweise mitgeteilt, daß in mehrstöckigen Gemeindebauten Aufzüge eingebaut werden. Vielleicht wird es auch möglich sein, Müllabwurfschächte einzurichten. Der Redner formuliert in diesem Zusammenhang einen Antrag, in Zukunft keine Gemeindewohnung ohne Kinderzimmer mehr zu bauen. Er verlangt auch ein Mitspracherecht der Bevölkerung bei der Ausstattung und bei der Bestattung der Grundrisse der Gemeindewohnungen.

Im Folgenden beschäftigt sich GR. Maller mit verschiedenen Fragen des Bauwesens. Er bemängelte, daß im Straßenbau für die Umbauten der großen Verkehrsflächen nur 8,3 Millionen Schilling eingesetzt wurden. Er hoffe auch, daß dem Wiener Gemeinderat bald Pläne vorgelegt werden, wie sich die Gemeinde Wien die Durchführung der Empfehlungen der Verkehrsenquete vorstellt. Er verlangt ferner einen intensiveren Ausbau von Erholungsflächen durch die Gemeinde und hebt besonders das Gebiet um die Alte Donau hervor. Dem Ausbau des Wiener Hafens kommt nach dem Abschluß des Staatsvertrages erhöhte Bedeutung zu. Wien wird zu einem Umschlagplatz für Ost und West werden. Auch die Vorbereitungen zur Fertigstellung des Donau-Oder-Kanals müssen getroffen werden. Der Bund habe dabei die Gemeinde Wien finanziell zu unterstützen.

Abschließend sprach GR. Maller den Beamten der Geschäftsgruppe VI seinen Dank aus und hob besonders die gute Arbeit der städtischen Gärtner hervor. Im Namen seiner Fraktion gab er die Zustimmung zu den Ansätzen des VI. Hauptstückes.

GR. Dipl.Ing. Gruber (ÖVP) bedauert, daß weder Stadtrat Thaller noch sein Vordröner die Notwendigkeit der Erstellung eines Generalstadtplanes und Verkehrsplanes erwähnt haben. Auch auf dem Gebiete der Assanierungen scheint es nicht recht voranzugehen. Eine diesbezügliche Anfrage seiner Fraktion, welche Gebiete eigentlich assaniert werden sollen, wurde bisher nicht beantwortet. Der Redner betont, daß für Assanierungen sehr große Beträge erforderlich sind, und daß man auch private Interessenten heranziehen und die Finanzierung auf breitester Ebene durch entsprechende Darlehen vornehmen müsse. Es gehe auch nicht an, daß man kleine Handwerksbetriebe immer mehr an die Peripherie der Stadt hinausdränge, wo sie keine Existenzmöglichkeit haben. Die Baupolitik müsse auf diesem Gebiet geändert werden. Wichtig wäre auch eine Zusammenarbeit der einzelnen Magistratsabteilungen. Es dürfe nicht wie beim Bau der Opernkreuzung vorkommen, daß man während des Baues auf Schwierigkeiten stoße, die bereits bei einer rechtzeitigen Planung hätten vermieden werden können. Der Redner stellte den Antrag auf Beantwortung, wie weit bei der Fluchtlinienbekanntgabe und bei der Erteilung der Baubewilligungen für die umliegenden Häuser der Opernkreuzung bereits auf den Fußgängerdurchgang Rücksicht genommen wurde. Durch rechtzeitige Planung hätte man sich bedeutende Mehrkosten ersparen können. Zur Frage der U-Bahn muß gesagt werden, daß acht auf der Verkehrsenquête gefaßte Resolutionen sich für eine U-Bahn ausgesprochen haben, und nur zwei u.a. auch Gründe gegen eine solche gefunden haben. Sie wäre für Wien erforderlich und man müsse rechtzeitig an ihre Planung herangehen. Als bedauerlich bezeichnet es der Redner auch, daß heuer fast keine sogenannten Teppichbeläge gemacht wurden. Die Ursache dürfte darin liegen, daß die für Straßenbauten vorhandenen Mittel für den Umbau des Pratersterns und den Bau der Opernpassage verwendet wurden. Viele Straßen bedürften jedoch der Verbesserung. Bei der Stadthalle wurden große finanzielle Überschreitungen nötig, über die jedoch keinerlei Aufklärung gegeben wurde. Besonderes Augenmerk müsse auch dem Ausbau unserer Hafenanlagen zugewendet werden, da diese einen entscheidenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt darstellen.

Gerade durch die Wiedererlangung der österreichischen Souveränität ist die Bedeutung der Güterbeförderung zu Wasser wieder in den Vordergrund getreten. Eine städtebauliche Planung auch auf diesem Sektor erscheint unbedingt notwendig. Besondere Beachtung ist auch dem Bau von familiengerechten Wohnungen zuzuwenden. Die heutigen Wohnungstypen und besonders die einzelnen Räume seien viel zu klein. Auch der Bau von Kirchen dürfe nicht verhindert werden. Um eine Reihe von Kirchenbauplätzen ist noch immer keine Klarheit geschaffen worden. In den Parkanlagen müßte den Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen und bei den Kinderspielplätzen Waschgelegenheiten geschaffen werden. Weiter wäre eine Vermehrung der Sitzbänke nötig, unter anderem auch an der Simmeringer Hauptstraße zwischen 1. und 2. Tor des Zentralfriedhofes. Der Redner drückt abschließend seine Zufriedenheit über das **Abhalten** der Verkehrsenquete aus. Allen auf dem Bausektor Beschäftigten innerhalb der Gemeindeverwaltung und auch den Firmen dankt er herzlich für ihre tatkräftige Mitarbeit (Beifall bei der ÖVP).

Als Debatteredner der Sozialisten meldet sich GR. Jodelbauer zu Wort. Er verweist auf den ausführlichen und imposanten Bericht des Referenten und rühmt seine Objektivität und Sachlichkeit. Das Bauprogramm des kommenden Jahres, das er hier vor den Gemeinderat entwickelt hat, wird eine große Bedeutung für die gesamte Wirtschaft haben, wenn man bedenkt, daß nicht weniger als 1.177 Millionen investiert werden. Der Redner bezeichnet dies als einen mächtigen Impuls im Wirtschaftsleben Wiens, der nicht negiert werden kann. Seine Fraktion sei bestrebt, sagt er, diese Investitionstätigkeit aus vollen Kräften zu unterstützen, denn sie ist zugleich überzeugt, daß nur so eine moderne Wirtschaftspolitik durchgeführt werden kann. Durch diese Investitionstätigkeit werden die Steuergelder der Bevölkerung hundertprozentig wieder der Wirtschaft zugeführt. Das bedeutet Arbeit für zehntausende Arbeiter und tausende Gewerbetreibende. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß man vor noch nicht so langer Zeit für die Durchsetzung einer solchen Investitionspolitik kämpfen mußte. Der Redner erinnert, daß die Investitionspolitik des Finanzministers in den letzten Jahren Wendungen um 180 Grad gemacht habe, bevor er zu der Ansicht gekommen ist, die

von den Sozialisten vertreten und durchgeführt wird. Er freue sich dennoch, daß auch die einsichtsvollen Kräfte in der ÖVP jetzt für eine gesunde Wirtschaftspolitik, wie sie die Sozialisten immer angeregt haben, eintreten.

In seinen weiteren Ausführungen stellt GR. Jodelbauer fest, daß gegenwärtig eine ungesunde Konjunktur Platz gegriffen habe. Er bezeichnete es als einen ungesunden Zustand, wenn sich die Bau-firmen gegenseitig die Arbeiter wegengögieren und wenn sie sich dann händeringend bei den Gewerkschaften gegen Lohhforderungen wehren. Die Konjunktur, sagte er mahnend an die Adresse der Gewerbetreibenden, sollte nicht als Schnittzeit angesehen werden. Die Gemeinde Wien versucht den ungesunden Erscheinungen auf dem Bausektor durch das Forcieren der Arbeiten auf dem Gebiete der Häusererhaltung Halt zubieten.

Der Redner spricht sich lobend über die Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten aus, die im Interesse der Wiener Bevölkerung in demokratischem Geiste erledigt wird. Zu den Vorwürfen, daß die Arbeitsvergebungen in undemokratischer Weise erfolgen, sagte er, er bekenne sich zur jetzigen Art der Arbeitsvergebungen und wünsche nur, daß alle Stellen im Bund, in den Ländern und Gemeinden so vorgehen, wie es die Gemeinde Wien tut. (Beifall bei der SPÖ.) Er wendet sich dann gegen die Vorwürfe seines ÖVP-Vorredners, der meinte, die Ausführungen des Referenten wären nicht genug ausführlich gewesen. Er benützt die Gelegenheit, dem Amtsführenden Stadtrat für Bauwesen, Thaller, für seine Selbstlosigkeit, mit der er sich für die Bauangelegenheiten der Stadt Wien einsetzt, zu danken. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Zu den Ausführungen GR. Maller erklärt er, er habe in seiner Rede den für die Behandlung der Bauprobleme der Stadt Wien notwendigen Ernst vermißt.

Er streift dann die vorgelegten Ansätze der einzelnen Magistratsabteilungen. Zum Kapitel Stadtplanung bemerkt er, daß ihr Programm für das nächste Jahr abermals zeigt, daß der Mensch im Mittelpunkt der Planung stehe. Er gibt dem Wunsch Ausdruck, stets das Interesse des Einzelnen, dem Interesse der Gesamtheit unterzuordnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Magistratsabteilung 19 empfiehlt er das Befolgen des Vorschlages der Kommission 4 der Straßenverkehrsenquete hinsichtlich der Benützung von blassem Rot und Grün und so zur Klärung der Auffassungen über Reklambedürfnisse beizutragen. Er beschäftigt sich dann mit dem Baumaterialieneinkäufen der Gemeinde Wien, insbesondere mit dem Verlangen, man solle den Bedarf anstatt beim Produzenten beim Baustoffhandel decken. Er stellt unter anderem fest, daß ein Einkauf beim Baustoffhandel nichts anderes als eine Unterstützung des Handels ohne Gegenleistung wäre. Durch den Direktbezug der Baumaterialien ist es der Gemeinde Wien möglich, billiger zu bauen. Zum Vorwurf GR.Grubers, daß mit der Errichtung von Werkstättenhöfen das Problem der schlechten Werkstätten nicht gelöst werden kann, sagt er, daß wir es hier mit einem Erbe zu tun haben, für das die Sozialisten nicht verantwortlich gemacht werden können. Die vielen schlechten Werkstätten stammen aus einer Zeit, in der offenbar die Stadt schlecht verwaltet wurde. Gegenwärtig sind noch 7.400 gewerbliche Betriebe in Kellerlokalen etabliert. Diese Menschen aus den Kellerwerkstätten herauszuholen ist eine Angelegenheit, die uns alle angeht. Die Lösung dieser Frage hängt von der zur Verfügung stehenden Baukapazität ab. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in naher Zukunft in Wien noch viele solche Werkstättenhöfe errichtet werden. Man könnte auch andere städtische Gebäude, für die gegenwärtig kein Bedarf besteht, für solche Zwecke auswerten. Zu den Vorwürfen, daß die Gemeinde Wien selbst Straßenbaumaschinen ankauft und die Baufirmen konkurrenziert, erklärt er, daß der städtische Straßenbau auf diesem Gebiete in den vergangenen Jahren anerkanntswerte Pionierarbeit geleistet hat. So wurde zum Beispiel der erste Straßengrader angekauft und erprobt, bevor sich dann die Baufirmen zu solchen Einkäufen entschlossen haben. Er verweist auf die große Bedeutung der Bauarbeiten in den Hafenanlagen und verlangt, sie mögen im Interesse des gesamten Handels fortgeführt werden. Er unterstützt den Appell des Stadtrates Thaller an den Bund, den Ausbau der Wiener Hafenanlagen mit entsprechenden Mitteln zu unterstützen, und bezeichnet diese dringende Forderung als berechtigt. Abschließend spricht er ein Lob den städtischen Gärtnern aus, die er als Dekorateurs der Großstadt bezeichnet.

Mit ihren Pflanzenschmuck schaffen sie Freude und Frohsinn und erbringen immer aufs Neue den Beweis, daß die Großstadt kein Sarg sein muß. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Verwaltungsgruppe VI zustimmen.

Stadtrat Thaller stellt in seinem Schlußwort fest, daß es mit Ausnahme eines einzigen Vorwurfes, den ihm GR. Maller gemacht hat, nur einige Anträge gab. Zu dem Vorwurf, daß die Gemeinde Wien ihr Bauprogramm nicht ganz vollenden konnte, führte er verschiedene Schwierigkeiten an. So hat sich die Bauzeit bei Wohnbauten in einigen Fällen von 18 auf 24 Monate verlängert. Er bedauere dies umso mehr, als sich diese Verzögerung auch im Wohnungsamt auswirke, dem um etwa 1000 Wohnungen weniger übergeben werden konnten als vorgesehen waren.

Der Referent sagt, er glaube, daß das Bauamt doch ungefähr die mißliche Situation im Baugewerbe gemästert hat. Er hoffe, daß man in den Wintermonaten einiges von dem aufholen können werde was im Sommer nicht gelungen ist.

Wir sollen rascher bauen und moderne Methoden anwenden. Aber von allen diesen modernen Baumethoden haben sich nur zwei wirklich bewährt, die Schüttbauweise und die Bauweise mit Hohlblocksteinen. Wir haben uns aber sonst alle Erfahrungen zunutze gemacht. Eine Verwendung von Fertigteilen ist leider in unserem Land nicht möglich, weil die Transportkosten zu hoch werden. Wir haben auch in Süssenbrunn Häuser aus Holz zu bauen, aber das ist heute viel zu teuer. Das Stadtbauamt bemüht sich auch selbstverständlich, möglichst viele Großbaustellen in Wien zu schaffen. Trotzdem müssen wir auch Baulücken verbauen, weil sie im Gefüge unserer Stadt kein schöner Anblick sind.

Wir haben auch mit der Assanierung begonnen, aber es wurde schon einmal festgestellt, daß es der Stadt Wien nicht einfällt, alle Stellen zu plakatieren, wo wir assanieren wollen, weil dadurch der Bodenspekulation Tür und Tor geöffnet werden. Jedes Jahr soll aber jetzt mit ein oder zwei Gebieten begonnen werden.

Leider sind die entsprechenden Gesetze, die vor allem die Wünsche von GR. Gruber erfüllen würden - nicht durch unsere Schuld - im Nationalrat steckengeblieben.

Wir sollen besser bauen und größere Wohnungen errichten. Zu dieser Aufforderung bemerkte Stadtrat Thaller, daß die Stadt Wien bereits größere Wohnungen mit 85 Quadratmeter Fläche baut. Man hat auch die Schlafräume ein wenig verkleinert und legt Wert darauf, die Wohnräume größer zu machen. Die Stadt Wien baut also auch familiengerechtere Wohnungen, wie das verlangt wird.

Das Bauamt hat auch der Bauindustrie gar manches Beispiel gegeben, so auf dem Gebiet des Straßenbaues aber auch beim Hochbau, wie die Heizgeräte, den losen Zement usw.

Zu den Vorwürfen, daß die Stadt Wien trotz allem zu wenig baut, gab Stadtrat Thaller eine Übersicht über jene Summen, die seit 1946 von der Gemeinde für das Bauwesen ausgegeben wurden. 1946 waren es 54 Millionen, 1947 159 Millionen, 1948 246 Millionen, 1949 394 Millionen, 1950 619 Millionen, 1951 891 Millionen, 1952 939 Millionen, 1953 1.122 Millionen, 1954 1.325 Millionen. Für das Jahr 1955 waren 1.240 Millionen eingesetzt und im Budget 1956 1.177 Millionen Schilling (Beifall bei der SPÖ).

Zur Forderung des GR. Gruber nach Erstellung eines Generalstadtplanes ist zu sagen, daß bereits am 21. November 1952 dem Gemeinderat ein Bericht des Stadtplaners Prof. Brunner vorgelegt wurde, der ein Acht-Punkte-Programm für die zukünftige Stadtplanung enthalten hat. Dieses wurde damals von allen Gemeinderäten zur Kenntnis genommen. Ein Verkehrsplan wird jetzt auf Grund der Ergebnisse der Verkehrsenquete erstellt werden. Bezüglich der Klage über die Aussiedlung von Gewerbebetrieben in den Assenierungsgebieten ist zu sagen, daß nur ungesunde Betriebe in Industriegebiete verlegt werden sollen. Konsumnahe Betriebe und Geschäfte werden jedoch bei der Neuplanung berücksichtigt. Der Antrag des GR. Gruber auf Bekanntgabe, wann die Baufluchtlinien usw. für die Bauwerke an der Opernkreuzung gegeben wurden, ist fehlgegangen.

Sofort, als mit den Planungen für die Opernkreuzung begonnen wurde, hat man auf alle damit zusammenhängenden Dinge Rücksicht genommen. Bei der Meisl-Ecke ist die erste Baubewilligung bereits 1948 erteilt worden und eine weitere anfangs 1952, zu einer Zeit, da die Frage der Opernpassage noch nicht klar war. Zum U-Bahn-Projekt ist zu sagen, daß seine Fraktion nie gegen den Bau einer U-Bahn war. Sie glaube nur, daß man die U-Bahn - und das haben die Fachexperten bestätigt - zu einer Zeit bauen muß, wo sie wirklich notwendig ist. Seine Fraktion habe noch nie den rechten Zeitpunkt für Bauvorhaben versäumt, sobald sie sich als notwendig erwiesen haben. Es wird daher auch die rechte Zeit für den Bau der U-Bahn gewählt werden. (Beifall bei der SPÖ.) Für notwendige Wettbewerbe und Planungen sind heuer Beträge angesetzt, die aber jederzeit, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, darüber hinaus in anderen Rubriken ihre Bedeckung finden können. Mit Teppichbelägen sollen im kommenden Jahr 100.000 Quadratmeter Straßen und 50.000 Quadratmeter Gehwege versehen werden. Betreffend die Sachkrediterhöhungen bei der Stadthalle muß man sagen, daß es sich hier um ein einmaliges Bauwerk handelt, bei dem man nicht von vornherein sagen kann, welche Baukosten erwachsen. Auch beim Bau des Museums werden sich Erhöhungen ergeben. Zum Bau des Hafens möge die Volkspartei auch den Finanzminister um seine Unterstützung bitten. Die Ausführungen des GR. Jodlbauer auf Schaffung von Werkstätten begrüßt der Redner und stellt fest, daß bereits in den Assanierungsgebieten Werkstätten für Kleingewerbetreibende geschaffen werden. Die Kontrahentenbestellungen werden forciert werden. Die Stadt Wien berücksichtigte immer die Interessen der Gewerbetreibenden, aber zum Wohle der Allgemeinheit müssen sich Einzelinteressen oft unterwerfen. Abschließend dankt der Stadtrat allen Rednern dafür, daß sie seiner Gruppe auch ein bißchen Anerkennung gezollt haben.

Die Ansätze der Gruppe VI wurden einstimmig angenommen. Die beiden Anträge wurden der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

Die Budgetverhandlungen werden am Montag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Ansätze der Gruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, fortgesetzt.